# Das rote Berlin auf dem Plan

## Antifaschistischer Kampfkongreß in Thüringen und Mittelrhein

**Berlin**, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

**Der soeben wieder erschienene Angriff ruft seine Anhänger auf, am kommenden Sonntag um 16 Uhr im Lustgarten aufzumarschieren, wo eine Stunde vorher bekanntlich die Parade des Reichsbanners unter Hörsing stattfindet. In der Ankündigung heißt es, daß die Nationalsozialisten in einer Riesendemonstration beweisen wollen, daß das deutsche Berlin (!) erwacht ist, daß der Siegeszug des Nationalsozialismus auch in der Reichshauptstadt nicht mehr aufgehalten werden kann. Das richtet sich nicht allein gegen die Reichsbannerkundgebung, sondern gegen das gesamte rote Berlin. Es gilt, in diesem Augenblick klar zu erkennen, wer der Feind ist, der hier zuerst geschlagen werden muß. Die KPD ruft daher das ganze rote Berlin auf, nach dem Lustgarten zu kommen** und gemeinsam mit den proletarischen Elementen des Reichsbanners den geplanten **Ueberfall der nationalsozialistischen Mordkolonnen durch die Wucht der Massen unmöglich zu machen.** Nicht mit **Hörsing, der gemeinsam mit den sozialdemokratischen Führern die reaktionäre Politik der Brüning-Regierung,** den Faschismus und die Entrechtung der Arbeiterklasse unterstützt, sondern gemeinsam mit den Arbeitern des Reichsbanners, den sozialdemokratischen Arbeitern und der Sozialistischen Arbeiterjugend, denen es wirklich ernst ist mit dem Kampf gegen den Faschismus.

Vorgestern fand im Frick-Thüringen in Jena der von der KPD und dem **Aktionsausschuß gegen Faschismus einberufene Volkskongreß gegen den Faschismus** statt. Der Kongreß beschloß einstimmig, das von der Kommunistischen Partei vorgeschlagene **Volksbegehren zur Auflösung des werktätigenfeindlichen Thüringischen Landtages** zu unterstützen und damit zur Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes gegen den Faschismus beizutragen.

Die Zusammensetzung des Kongresses war folgende: 403 KPD, 30 parteilos, 12 SPD, 2 Nazis, 101 RGO. 417 waren gewerkschaftlich organisiert, 441 waren von der RGO erfaßt.

Das Referat hielt der Genosse Remmele. Einstimmig wurde ein Aufruf beschlossen, in allen Orten **Aktionsausschüsse** zu organisieren, das antifaschistische Volksbegehren in Thüringen durch **revolutionäre Massenaktionen** zu einer entscheidenden Etappe auf dem Wege zur Generalabrechnung mit der faschistischen Kapitalsknechtschaft zu gestalten.

**Die Frick-Polizei in Jena benahm sich äußerst provokatorisch und verhaftete auf der Straße über 40 Delegierte.**

•

**Köln**, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der **Kölner Kampfkongreß** gegen den Faschismus übertraf alle Erwartungen. Genau 500 Delegierte waren zu dieser Gebietskonferenz erschienen. Unter den Delegierten **befanden sich 6 SPD-Arbeiter**, 2 frühere Nationalsozialisten, 277 Parteilose, 198 Kommunisten, 21 Frauen und 20 Jugendliche. Unter stürmischen Rot-Front-Rufen marschierte eine Abteilung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes auf. An der Diskussion beteiligten sich 31 Delegierte, unter ihnen SPD-Arbeiter und frühere Nationalsozialisten. **Ein Vertreter der Strasser-Opposition in Köln erklärte ihren geschlossenen Uebertritt in den Kampfbund**, ein sozialdemokratischer Arbeiter erklärte seinen Uebertritt in die KPD.

---

**Dresdner Arbeiter wehren sich**

## Provozierende Nazis verprügelt

**Dresden**, dem 18. Februar.

Am gestrigen Nachmittag kam es im Innern der Stadt, auf dem Pirnaischen Platz, zu schweren Auseinandersetzungen zwischen einem Nazi-SA-Trupp und Arbeitern. Die Nazis hatten den Versuch gemacht, einige Reichsbannerarbeiter zu überfallen. Zufällig befand sich aber eine Gruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus in der Nähe, die sofort eingriff und die SA-Leute auseinandertrieb. Die Menschenmenge, die sich inzwischen gebildet hatte, ging hierauf gegen den auf dem Platz befindlichen Zeitungsstand der Nazis vor, wobei etliches aus dem Leim gegangen sein soll, mehrere Nazis erlitten Verletzungen.

---

**Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub**

# Ausbreitung des Buchdruckerkampfes

Die Beantwortung der Verbindlichkeitserklärung des Lohnraubschiedsspruches durch die Belegschaft der Leipziger Pögeschen Druckerei hat unter den Buchdruckern der übrigen Leipziger Betriebe starken Widerhall gefunden. Gestern fand die Verbreiterung des Streiks durch die Einbeziehung der Belegschaft der Firma Leinert statt, der die Direktion die Forderung einer Anerkennung des Lohnraubes innerhalb von 5 Minuten gestellt hatte. Die Belegschaft trat sofort geschlossen in den Streik. Streikposten sind bereits gestellt. Bei der Firma Vogel u. Vogel und bei Brandstetter haben die Belegschaften mit der passiven Resistenz zur Abwehr des sanktionierten Lohnraubs begonnen. Das Bezeichnendste ist, daß die reformistische Verbandsbürokratie alle Versuche unternimmt, um diesen spontanen Abwehrkampf, der eine wirkungsvolle Unterstützung der kämpfenden Königsberger Buchdrucker darstellt, abzuwürgen. Ihre bisherigen Versuche sind jedoch kläglich gescheitert, da die Empörung der Buchdrucker sich über die reformistischen Schranken hinwegsetzt. Diese entschlossene Haltung muß auch den Gruppen der anderen Industrien ein wertvolles Beispiel sein, insbesondere den Textilarbeitern, deren ohnehin erbärmliche Löhne in geradezu provokatorischer Weise einzelbetrieblich gesenkt werden, um den zu erwartenden Lohnraubschiedsspruch in der Textilindustrie weiter verschärfen zu können. Die einzig richtige Antwort, ja, die einzig mögliche, um den frechen Angriff des Unternehmertums Halt zu gebieten, ist die **sofortige Beantwortung jedes Versuchs eines Lohnabbaues durch geschlossenen Eintritt in den Streik.**

---

## Ausschluß der Oeffentlichkeit im Leipziger Prozeß

### Aushebung faschistischer Waffenlager ist Gefährdung der Landesverteidigung

(Telegramm unseres Leipziger Korrespondenten)

**Leipzig**, am 18. Februar.

**Der dritte Verhandlungstag im Leipziger Waffenprozeß führte kurz nach Eröffnung der Sitzung zum Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der angeklagte Proletarier Wagner wollte ausführlich zu den Vorgängen, die zur Entdeckung des Waffenlagers führten, Stellung nehmen. Er wurde hierauf auf Verlangen des Reichsanwaltes Neumann vom Vorsitzenden unterbrochen mit der Begründung, die Landesverteidigung komme durch seine Erklärungen in Gefahr. Der Protest des Verteidigers, Genosse Dr. Helm, prallte an der Vorbereitung dieses Streiches gegen die Entlarvung der Hintergründe dieses Prozesses ab. Ohne sich zurückzuziehen, beschlossen die Richter einmütig, lediglich nach einem Kopfnicken der Verständiger, die Oeffentlichkeit auszuschließen.**

**Der Ausschluß der Oeffentlichkeit ist ein weiterer Beweis für unsere Beurteilung des Prozesses. Das Gericht führt diesen Prozeß zur Vertuschung und Verhüllung der Tatsachen. Die angeklagten Proletarier und die Verteidiger der Roten Hilfe werden ihren Kampf um die Entlarvung dieser Prozeßmacherei unbeirrt weiterführen.**

---

## Genosse Kollwitz im Hungerstreik

**Köln**, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Genosse Hans Kollwitz, der schon über 4 Monate im Essener Gefängnis in Untersuchungshaft sitzt, ist seit Sonntag in den Hungerstreik getreten. Genosse Kollwitz wurde durch unmenschliche Behandlung gezwungen, den Hungerstreik aufzunehmen. Er protestiert gegen die skandalöse Verschleppung seiner Verfahren und gegen die menschenunwürdige Kost, die ihm vorgesetzt wird. **In diesem Essen wimmelt es von Maden.** Der Empfang von Paketen wird dem Genossen Kollwitz **verboten** und beim Kauf von Nahrungsmitteln werden ihm **Wucherpreise abgefordert.**

---

## Sturm in Spanien

**Madrid**, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Lage in Spanien verschärft sich von Tag zu Tag. Der **konstitutionelle Monarchist** Sanchez Guerra, der gestern mit der Regierung beauftragt wurde, hat den Auftrag zurückgegeben. **Der Führer des linken Flügels der Monarchisten, Melquiades** Alvarez hat den Auftrag zur Regierungsbildung sofort zurückgewiesen, **da der König auf keine seiner Bedingungen eingehen wollte. Der Versuch, eine, wenn auch nur vorübergehend lebensfähige, Regierung zustande zu bringen, ist damit gescheitert. Die** Regierung Vermauer, die bis zur Bildung des neuen Kabinetts **die Geschäfte weiterführt, hat die zeitweilig gemilderte Pressezensur und das allgemeine Verbot der öffentlichen Versammlungen** und Demonstrationen in alter Schärfe wieder eingeführt. Die Massenbewegung wächst gewaltig an. In Cadix herrscht Generalstreik. In allen Teilen des Landes finden stürmische Demonstrationen statt.

---

## Der 25. Februar in der Tschechoslowakei verboten

Aus Prag wird dem Telunion-Sachlendienst gemeldet: Wie (Hier liegt offenbar eine Verwechslung mit dem Internationalen Kampftag am 25. Februar vor. D. Red. d. A.) in allen von der Wirtschaftskrise heimgesuchten Staaten Arbeitslosendemonstrationen auf den Straßen angekündigt. **Auch in der Tschechoslowakei werden solche Kundgebungen erwartet, doch besteht hier, wie** aus den an die Behörden und an das Militär ergangenen Weisungen hervorgeht, **die ernste Absicht,** diese Demonstrationen schon von Haus aus zu unterbinden. In diesem Sinne ist auch **die Gendarmerie und die Staatspolizei beauftragt, den kommunistischen Führern in allen Industriearten die Absicht der Regierung persönlich bekanntzugeben, daß Straßenumzüge verboten und gegebenenfalls mit Waffengewalt unterdrückt werden. Das gesamte Militär hat für den 21. und 22. Februar strenge Bereitschaft.** Die Autotruppen und die Kavallerie erhielten den Befehl, sich an den fraglichen Tagen für den Abmarsch in Industriegebiete vorzubereiten.

---

**Riesenskandal bei der Newyorker Stadtpolizei.** Ein ungeheurer Polizeiskandal ist im „moralischen" Amerika aufgedeckt worden. Polizeioffiziere und Detektive wurden als Empfänger riesiger Summen Bestechungs- und Erpressungsgeldern entlarvt, die sie durch stillschweigende Duldung illegaler Spielklubs und Bordelle erhielten. Und dieses Amerika entrüstet sich über die „Unmoral" der Ausfuhr der Sowjetunion, die durch ihren Holzhandel den Ausbau ihrer Industrie zu fördern bestrebt ist.

---

(Fortsetzung des Landtagsberichts)

Staub zwingen! (Stürmischer Beifall b. d. Komm. und auf den überfüllten Tribünen.)

**Die Wirkung der Rede des Genossen Renner zwang darauf die Nationalsozialisten zu einer schamlosen Provokation.** An Stelle Studentkowskys übernahm der berüchtigte Kunz das Schlußwort und wandte sich bezeichnenderweise fast ausschließlich gegen die Rede des Genossen Renner und die Kommunisten.

**Beschimpfung auf Beschimpfung rief er den kommunistischen Abgeordneten zu, die ihm gebührend antworteten. Als er es zum Schluß wagte, die von jenen Banden niedergestochenen Arbeiter abermals zu beschimpfen, sprangen die kommunistischen Abgeordneten auf, um den Burschen zur Rechenschaft zu ziehen. Auch der Präsident sah sich gezwungen, den Redner von der Tribüne zu weisen. Bevor er jedoch weitere Beschimpfungen aussto̊ßen konnte, trieben ihn die Kommunisten mit erhobenen Fäusten vom Rednerpult.**

Im allgemeinen Tumult wurde zunächst die Sitzung gesprengt. Nach über einer Stunde konnte dann die Abstimmung vorgenommen werden, die eine Ablehnung des Auflösungsantrages mit 63 zu 25 Stimmen ergab. Die SPD stimmte bezeichnenderweise für die Erhaltung des Landtages. Sie fürchtet die offene Abkehrung der radikalisierten Arbeitermassen. Diese Haltung dieser staatserhaltenden „Linken" entspricht völlig der Haltung der SPD-Reichstagsfraktion bei der parlamentarischen Stützung der Brüning-Diktatur.

Zu Beginn der Sitzung waren kommunistische Anträge zu Schulfragen, u. a. auf Einführung eines amtlichen Stimmzettels, alljährliche Durchführung der Elternratswahlen, Ueberlassung von Schulräumen an revolutionäre Jugendorganisationen abgelehnt worden. Hierbei stimmte die SPD in mehreren Fällen mit der gesamten Schulreaktion. Nach der Auflösungsabstimmung wurde die Sitzung abgebrochen. Ihr Verlauf war eine deutliche Widerspiegelung der Verschärfung der Klassengegensätze in Sachsen und ein Beweis für die führende Rolle der Kommunistischen Partei im Kampf der arbeitenden Massen gegen die kapitalistisch-faschistische Diktatur.

---

# Unsere Volksaktion

**Der Aufruf des ZK der KPD zur roten Mobilmachung für die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung, den wir gestern veröffentlichten, ist der Auftakt zu einer großen Bewegung des ganzen werktätigen Volkes in Stadt und Land. Die einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei, die einzige wirkliche Oppositionspartei gegen das herrschende System der kapitalistisch-faschistischen Katastrophenpolitik, ruft zum Volkssturm. Sie setzt damit in klarer Kampflinie ihre revolutionäre Freiheitspolitik fort, die sie am 24. August 1930 in der Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes verkündet hat. Sie formiert die Kampfestruppen der Volksrevolution.**

Die Monate nach dem 14. September waren für das notleidende Volk, für die Arbeiter unter der Geißel der Rationalisierung, für die Erwerbslosen an den Stempelstellen des Elends, für die Mittelständler und Bauern in der mörderischen Steuerschlinge, Monate eines aufreizenden politischen Anschauungsunterrichtes. Sie wurden jüdisch verraten von den Nazis, die gegen die Einstellung der Youngzahlungen, gegen Millionärsteuern und für die wucherische Zollpolitik stimmten. Sie wurden verraten von den schmachbedeckten Führern der deutschen Sozialdemokratie, über die ein Organ der Eisenindustrie und Kohlenbarone höhnen konnte, daß sie „wie ein gehorsamer Pudel" über jeden Stock springen, den Herr Brüning ihnen hinhält. **Sie wurden betrogen durch immer neue Regierungsversprechungen,** hinter denen schon die Ketten des Ausnahmezustands 48 zur verschlimmerten Ausplünderung klirrten. Sie wurden verraten, betrogen, auf den Straßen niedergeknüttelt. Sklaven des Youngkapitals!

**Die Nazifführer haben immer deutlicher das Grollen der enttäuschten Volksmassen zu spüren bekommen. Die Geldsäcke in den Trustkontoren peitschen sie gleichzeitig zu einem noch schärferen Verstoß für die Durchführung der ausbeuterischen faschistischen Diktatur an. Der Auszug der Nazis aus dem Reichstag ist das größte politische Betrugsmanöver, das es seit Jahren in Deutschland gab. Während die Hitler und Goebbels eine Politik anstreben, die die eisernen Fesseln des Finanzkapitals noch erbarmungsloser auf den Nacken des niedergedrückten Volkes legt, während die Thyssen und Kirdorff vom Stahltrust den Nazis jeden Diätenverlust direkt bezahlen, während die Nazis durch ihren Auszug sich gleichzeitig von der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen drückten, wollen sie in einer großen Versammlungskampagne heuchlerisch als Volksfreunde auftreten. Wir wollen durch unsere Volksaktion eine Sturmwelle der Empörung gegen diese faschistischen Volksbetrüger entfachen!**

**Goebbels Auszug aus dem Reichstag soll der Auftakt zu einer neuen Welle faschistischen Mordterrors sein. Unsere Volksaktion wird die Einheitsfront des werktätigen Volkes zum entschlossenen Massenkampf gegen faschistische Mörder und Mordhetzer in Marsch setzen.**

Die Aktion, zu der die KPD aufruft, wäre keine wirkliche Aktion im Namen und im Lebensinteresse des gesamten werktätigen Volkes, wenn sie sich nicht mit gleicher revolutionärer Wucht gegen die regierende diktatorische Katastrophenpolitik und gegen ihr arbeiterfeindliches Schutzschild, die Sozialdemokratie, richten würde. Es gibt keine volksfeindliche Maßnahme der Diktaturregierung im Reiche, die nicht durch die drei Vertrauensvoten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 18. Oktober, 6. Dezember und 7. Februar beschlossen wurden. Es gibt keinen volksausbeuterischen Plan der Herrschenden, der nicht von der Preußenregierung der Otto Braun und Severing rücksichtslos durchgeführt wird. Die Preußenkoalition ist heute eine der Schützenketten der kapitalistischen Reaktion, ebenso wie die von der SPD unterstützte Schleicher-Regierung.

Man höre das Lob, das in diesen Tagen die großkapitalistische Presse ihren sozialdemokratischen Vasallen singt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung lobt das „kluge Anpassen der SPD an die politischen Realitäten". Das Berliner Tageblatt erklärt in seinem Sonntagsartikel den Industrieführern, daß eine Zerstörung der SPD „den Damm zerstöre, der zwischen ihnen und der bolschewistischen Flut besteht". Das Großkapitalistenblatt ruft die Zeit des Spartakismus in Erinnerung, in der man die Noskes „sehr dringend gebraucht hat" und sieht mit Schrecken den kommenden Tag der revolutionären Erhebung des gepeinigten Volkes, wo „man sie (die SPD-Führer) vielleicht noch dringender brauchen wird". Das ist die Rolle der SPD: eines Dammes gegen den Bolschewismus, einer Hilfspolizei des Faschismus gegen die rote Klassenfront.

**Blutiger Hohn ist es, wenn im Sonntagsleitartikel des „Vorwärts" die Nazis richtig als Einpeitscher der zweiten Lohnsenkungswelle der Unternehmer und eines Pilsudski-Kurses gekennzeichnet werden von jenen Führern der Sozialdemokratie, die als schmutzigste Streikbrecher in den jüngsten Arbeiterkämpfen auftraten und die den Reichstag durch den Artikel 48 durch seine neue faschistische Geschäftsordnung sowie durch die Massenaufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter in einen Pilsudski-Reichstag verwandeln halfen.**

Die Kommunistische Partei ruft zur **Aktion des Volkes** gegen den Faschismus der Hitler-Hugenberg und der Brüning-Regierung, gegen die volksfeindliche Preußenregierung. Sie erläßt diesen Kampfruf in einer Situation, in der der Stahlhelm, diese Organisation abgetakelter Generale und gekaufter faschistischer Landsknechte, zu einem Volksbegehren für die Auflösung des Preußischen Landtages ruft. Dieses „Volksbegehren", für das sich eine Front von den Nazis bis zu den volksparteilichen Koalitionsbrüdern der SPD aus der Brüning-Regierung gebildet hat, dient nur der Eroberung der preußischen Staatsfutterkrippen durch die Hitler-Hugenberg-Faschisten.

Wir rufen zum Volkssturm. Wir rufen alle, die mit ihren Händen und ihrem Kopf arbeiten müssen, um leben zu können. Wir rufen zum Streik gegen jeden Lohnabbau in der gesamten faschistischen Textilindustrie, wir rufen zum Aufmarsch der Bergarbeiter, der Angestellten und Erwerbslosen am 25. Februar, wir rufen zum Sturmangriff bei den Betriebsratswahlen. Wir rufen zur politischen und wehrhaften Offensive gegen den antisozialistischen und youngkapitalistischen Faschismus der Hitler-Hugenberg. Wir rufen zum Angriff gegen die kapitalistischen Lohnräuber, gegen die Diktaturregierung Brüning, gegen den reaktionären und „linken" Sozialfaschismus. Wir rufen die kühnen Stoßtrupps der arbeitenden Jugend, die ihren Kampfkongreß und ihren Reichsjugendtag vorbereiten.

Wir rufen die erwachenden Bataillone der doppelt ausgebeuteten Frauen, die zum Internationalen Frauentag am 8. März rüsten. Wir rufen die verzweifelten Mittelständler und verelendenden Bauern: nicht zu verzweifeln, sondern Schulter an Schulter mit den kampfgestählten Kolonnen der Arbeiterklasse zu marschieren.

**Die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung wird das Land aufrütteln:**

**Für die revolutionäre Rettung vor Hunger, Entrechtung, Arbeitslosigkeit und dauernd unsicherer Existenz, für die Zerschlagung der Diktatur des Proletariats, eines freien, sozialistischen Sowjetdeutschlands.**